

Britta Trostorff, StadtLandFluss

Regional, kooperativ, wandelbar: Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen – Ergebnisse eines Planungsprojekts in Thüringen

URN: urn:nbn:de:0156-4073021



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 4 bis 23

Aus:

Christian Schlump, Brigitte Zaspel-Heisters (Hrsg.)

Neue Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland

Rahmenbedingungen, Entwicklungsstrategien
und Umsetzungskonzepte

Arbeitsberichte der ARL 19

Hannover 2017

Britta Trostorff, StadtLandFluss

Regional, kooperativ, wandelbar: Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen – Ergebnisse eines Planungsprojekts in Thüringen

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Weniger Menschen – weniger Angebote? Daseinsvorsorge unter Schrumpfbedingungen
- 3 Es geht auch anders! Alternative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge
- 4 Fazit

Literatur

Kurzfassung

Wie können angesichts von immer weniger und immer älteren Menschen Angebotsformen aussehen, die die Daseinsvorsorge insbesondere in ländlichen Räumen sichern und somit einen Beitrag zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse leisten? Ist mit Blick auf die demografische Entwicklung die Sicherung einer Daseinsvorsorge in allen Landesteilen tatsächlich auf dem heutigen Niveau möglich, oder wird es künftig „abgehängte“ Landesteile geben? Wer übernimmt in diesen Räumen die Verantwortung und Zuständigkeit für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs? Der Beitrag zeigt anhand der Themenfelder Wohnen, Nahversorgung/Wirtschaft und Bildung Ansatzmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Alternative zur bisherigen Praxis der Zentralisierung von Angeboten und damit deren flächenhafter Ausdünnung. Ihnen gemeinsam sind kooperativ organisierte, dezentrale aber stark vernetzte Strukturen.

Schlüsselwörter

Demografischer Wandel – Daseinsvorsorge – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Zentrale Orte – Raumpioniere – Sozialstaat

Regional, cooperative, transformable: Approaches for searing public service provision in shrinking regions – Results of a planning project in Thuringia

Abstract

In the light of shrinking and aging populations, how can public services be provided and contribute to the creation of equivalent living conditions, especially in rural areas? Despite this demographic development, is it possible to guarantee the current level of public services in all parts of the country or will the future see areas that are “left behind”? If

so, who is responsible for providing populations in these areas with convenience goods and services? Focusing on housing, local supply/economy and education, this article introduces approaches that provide a viable alternative to the current practice of centralizing supply and the consequent decline of services. All developed approaches are cooperatively organised, decentralised and intensely linked in their structures.

Keywords

Demographic change – service provision – parity of living conditions – central places – space pioneers – welfare state

1 Einleitung

Schulen, die schließen, Bahnhöfe, die wegfallen, die nächste Einkaufsmöglichkeit auch für Güter des täglichen Bedarfs in zweistelliger Kilometer-Entfernung – heute Lebenswirklichkeit in vielen, insbesondere ländlich geprägten Regionen Deutschlands. Angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen wird vielerorts die notwendige Mindestnachfrage nach bestimmten Leistungen unterschritten, die Schließung der entsprechenden Angebote ist die Folge. Bei den Anlagen der technischen Infrastruktur führt eine abnehmende Anzahl an Nachfragern zu steigenden Kosten pro Kopf.

Abb. 1: Keine Hoffnung für schrumpfende ländliche Regionen?



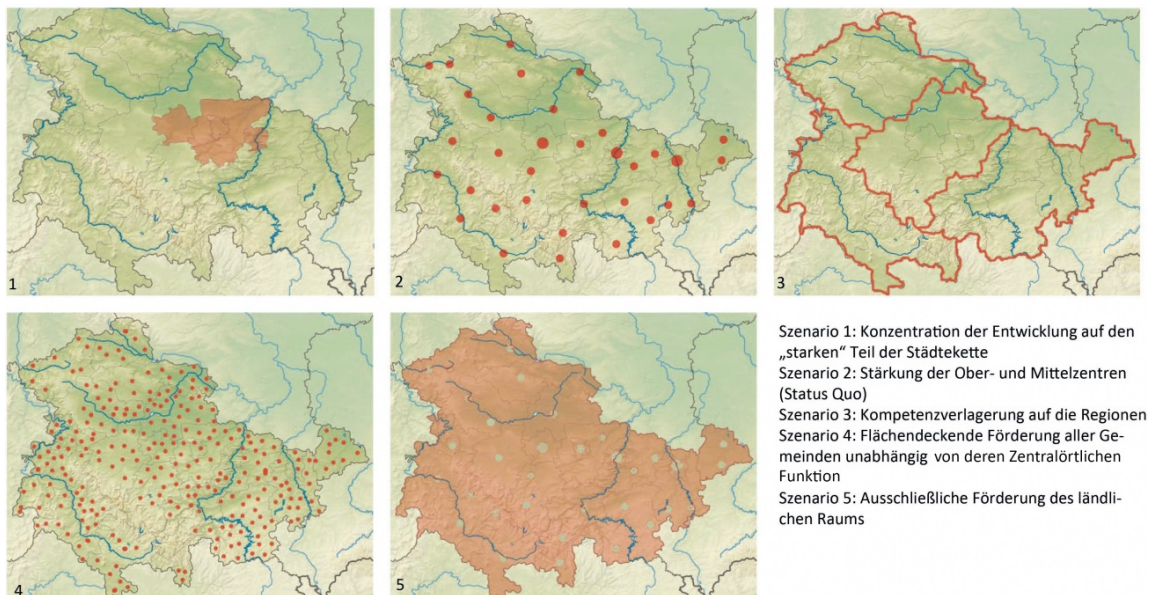
Quelle: eigene Darstellung

Was bedeuten diese Entwicklungen, die regional in sehr unterschiedlichem Maße zu treffen, für die öffentliche Hand, deren Aufgabe es qua Grundgesetz ist, in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen? Was bedeutet dieser Umstand aber auch für die Menschen, die in „abgehängten“ Landesteilen leben und aus den ver-

schiedensten Gründen ihren Wohnstandort nicht wechseln können? Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es für das skizzierte Problem? Sollten angesichts von immer weniger Einwohnern öffentliche Mittel künftig gebündelt werden und nur noch in ausgewählte Städte fließen, um deren Attraktivität möglichst lange möglichst hochzuhalten und damit sowohl Angebote als auch Bevölkerung zu konzentrieren? Oder sollte genau nicht in größere Städte, sondern vielmehr in den ländlichen Raum und seine Ortschaften investiert werden, um dort möglichst umfassend attraktive Lebensbedingungen aufrechtzuerhalten und die bestehenden Siedlungsstrukturen zu sichern?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die 21 Studierenden im Bachelorstudiengang Urbanistik in ihrem Planungsprojekt an der Professur Raumplanung und Raumforschung im Wintersemester 2013/14 (siehe Abb. 2). Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind hier zusammenfassend vorgestellt.

Abb. 2: Öffentliche Investitionen breit gestreut oder sehr selektiv? – Fünf Szenarien zur räumlichen Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge



Quelle: eigene Darstellung

Die Problematik, die sich aus rückläufigen Bevölkerungszahlen insbesondere in ländlichen Regionen für die Sicherung der Daseinsvorsorge ergibt, wird in Kapitel 2 diskutiert und am Beispiel Thüringens veranschaulicht. Anhand der Bereiche Wohnen, Nahversorgung/Wirtschaft sowie Bildung wird anschließend aufgezeigt, dass es auch anders gehen kann als nach dem gegenwärtigen Prinzip „Weniger Menschen = weniger Angebot“ (Kap. 3). Abschließend werden die Ergebnisse mit Blick auf das alte neue Leitbild 2 der Raumentwicklung „Daseinsvorsorge sichern“ sowie mit Blick auf das raumordnerische Instrument der Zentralen Orte diskutiert (Kap. 4).

2 Weniger Menschen – weniger Angebote? Daseinsvorsorge unter Schrumpfungbedingungen

2.1 Vom sozialstaatlichen Selbstverständnis zur Herausforderung

In der bundesdeutschen Verfassung sichert der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern seit den 1990er Jahren eine *Gleichwertigkeit* der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu (Art. 72 Abs. 2 GG). Diese Aussage wurde, nachdem es Jahrzehntlang gar galt, *gleiche* Lebensverhältnisse zu schaffen, immerhin noch als Bekundung aufgefasst, „unterschiedlich entwickelte Räume an ein gleichmäßig hohes Wohlstandsniveau heran[...]führen“ zu wollen (Neu 2009b: 11). Mit dem Wachstumsparadigma einhergehend ist dieses Ziel insbesondere mit dem Ausbau der Versorgungsangebote verbunden (vgl. Winkel 2008). Eine flächendeckende Bereitstellung von Infrastruktur gilt als Möglichkeit, räumlich und sozial integrierend zu wirken. Den Einrichtungen und Angeboten der Daseinsvorsorge kommt so eine über die reine Versorgungsfunktion hinausgehende Bedeutung für die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten zu.

Die Sicherung der Daseinsvorsorge entspricht dem wohlfahrtsstaatlichen Selbstverständnis. Zwar existiert keine verbindliche, insbesondere keine rechtsverbindliche Definition davon, was Daseinsvorsorge konkret meint, jedoch werden darunter landläufig Dienstleistungen verstanden, „an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht“ (Einig/Spangenberg 2008: 1), denen also eine gewisse Gemeinwohlorientierung zukommt. In welchem Umfang entsprechende Leistungen erbracht werden müssen, damit von einer gesicherten Daseinsvorsorge gesprochen werden kann, ist dabei ebenso offen wie die Frage, ab wann gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht sind.

Genau diese Frage wird jedoch zunehmend relevant, wenn nicht mehr Wachstum, sondern Schrumpfung die vorherrschende Entwicklungsrichtung in ganzen Regionen darstellt und sich in der Folge räumliche Disparitäten auch kleinräumig verschärfen (vgl. Winkel 2008). In demografisch wie ökonomisch schrumpfenden Regionen besteht mindestens perspektivisch die Gefahr der Unterversorgung der ansässigen Bevölkerung mit Angeboten der Daseinsvorsorge. Dies scheint insbesondere in ländlichen Regionen ein Problem darzustellen, jedoch wäre es deutlich zu kurz gegriffen, hier auf scheinbar klare Stadt-Land-Gegensätze zu verfallen.

Die für Raumordnung zuständigen Minister formulieren in ihrem Entwurf der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland 2013 diesbezüglich, dass vor allem die Erreichbarkeit von entsprechenden Angeboten zu sichern sei (vgl. MKRO 2013: 12). Fahrzeiten lassen sich jedoch nur bedingt ausdehnen. Im Bereich der Notfallmedizin wird dies etwa besonders deutlich: Hier besteht eine Notwendigkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens das Krankenhaus zu erreichen, ansonsten nehmen die Überlebensaussichten von Notfallpatienten deutlich ab. Und auch für die anderen Bereiche der Daseinsvorsorge stellt sich die Frage, ob eine zunehmende Zentralisierung der Angebote auf immer weniger Orte tatsächlich ein zukunftsfähiger Ansatz ist: Entfernungen für Nutzer, deren Wohnstandort sich nicht zentralisiert, nehmen zu, gleichzeitig wird die auf diese Angebote angewiesene Bevölkerung tendenziell immobil. Im Sinne des Gleichwertigkeitsgedankens besteht vielmehr die Befürchtung, dass Versorgungsdefizite und damit einhergehend der Verlust von Teilhabechancen zu einer räumlichen Differenzierung auch in sozialstruktureller Sicht führen werden. Die Angst vor dem „Braindrain“ ganzer Landstriche, also dem Wegzug insbesondere junger, gebildeter Menschen, und dem Fachkräftemangel erweist sich mit Blick in die Statistik als durchaus

begründet (vgl. BBSR 2013: 17ff; Berlin-Institut 2007; Dienel 2005; Lang 2012; TMBLV 2014a).

Im aktuellen Diskurs um die Herausforderung der Sicherung der Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen werden zunehmend Stimmen laut, die an die Eigenverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner insbesondere in peripheren Lagen appellieren und zivilgesellschaftliches Engagement als möglichen Ersatz für staatliche Aufgabenübernahme betrachten. Bürgergesellschaftliche Gruppen, die mit einem hohen Maß an Eigeninitiative und Kreativität alternative Angebotsstrukturen schaffen, werden in der Literatur als „Raumpioniere“ bezeichnet (vgl. Faber o.J.; Matthiesen 2013). Diesen „Raumpionieren“ wird mindestens ein deutliches Potenzial bei der Ausgestaltung von Angebotsstrukturen, wenn nicht gar eine Mitverantwortungspflicht gegenüber der Solidargemeinschaft aller zugesprochen – z.B. wenn es um das Thema „teures Landleben“ geht – (vgl. Faber/Oswalt 2013; Kuhn/Klingholz 2013).

In jedem Fall wird ein neuerlicher Wandel des originären Rollenverständnisses des Staates im Bereich der Daseinsvorsorge angenommen: Während der Staat bis in die 1980er Jahre hinein tatsächlich die Rolle der fürsorgenden Instanz innehatte, die für ihre Bürgerinnen und Bürger sorgte, hat vor allem in den 1990er Jahren eine Re-Formulierung vom „sorgenden“ zum „gewährleistenden“ Wohlfahrtsstaat stattgefunden (vgl. Kersten 2006; Neu 2009b): Der Staat sorgt nicht mehr selbst, zieht sich vielmehr aus der Leistungserbringung zurück und versucht statt dessen sicherzustellen, dass vormals staatliche Dienstleistungen nun durch private Anbieter bzw. in einer Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor erbracht werden (vgl. Einig/Spangenberg 2008). Die aktuellen Diskussionen um „Raumpioniere“ (vgl. Faber/Oswalt 2013), „Selbstverantwortungsräume“ (vgl. Aring 2013), „Möglichkeitsräume“ (vgl. Matthiesen 2013) und auch der auf europäischer Ebene verfolgte Ansatz der „endogenen Potenziale“, die im Rahmen der Kohäsionspolitik für die Entwicklung von Räumen genutzt werden sollen, bedeuten eine neuerliche Hinwendung hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings nehmen diese nun nicht nur die Rolle der zu Versorgenden, sondern als Initiatoren und Träger von Angeboten der Daseinsvorsorge gleichzeitig auch die Rolle der Sorgenden ein. Für eine mögliche Diskussion der Potenziale, die sich daraus tatsächlich für die künftige Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ergeben können, ist wiederum die staatliche Rolle in den Blick zu nehmen: Wie lässt sich das zivilgesellschaftliche Engagement so absichern, dass es belastbar und tragfähig wird? Wie können bestehende Strukturen und neue Ansätze ineinandergreifen? Wer ist an welcher Stelle gefragt?

2.2 Labor Thüringen: Kleinteilig, ländlich, polyzentral und schrumpfend

Die Frage nach Ansätzen und Möglichkeiten der Sicherung der Daseinsvorsorge ist in Thüringen von besonderer Bedeutung. Mit einer Fläche von rund 16.000 km² ist Thüringen das drittkleinste Bundesland nach dem Saarland und Schleswig-Holstein und liegt mit einer mittleren Bevölkerungsdichte von 134 Einwohnern je Quadratkilometer deutlich unter dem bundesdeutschen Schnitt (225 EW/km²) (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder o.J.). 2.160.840 Menschen lebten im Jahr 2013 hier (vgl. TLS o.J.^a). Dabei zeichnet sich die Thüringer Siedlungsstruktur zum einen durch die zentral in Ost-West-Richtung verlaufende Städtekette bestehend aus Gera, Jena, Weimar, Erfurt, Gotha und Eisenach, zum anderen durch ein ausgeprägtes Netz kleiner und mittlerer Städte nördlich und südlich davon aus.

In den Städten und Gebieten entlang der Thüringer Städtekette leben ca. 50% aller Thüringer auf lediglich etwa einem Viertel der Gesamtfläche des Landes (TLS o.J.^b). Alle

drei Oberzentren Thüringens – Gera, Jena und Erfurt – liegen auf dieser Kette. Hier verlaufen auch die wichtigsten Verkehrsstraßen, die mit Autobahn und Eisenbahn-Schnellverkehrsstrecke eine starke überregionale Bedeutung haben und große Ballungsräume in Richtung Nord-Süd und Ost-West verbinden.

Die Kleinteiligkeit der Siedlungsstruktur in dem überwiegenden Teil des Landes ist charakteristisch für Thüringen. Fast ein Drittel der Bevölkerung wohnt in Kleinstädten mit weniger als 5.000 Einwohnern, von den 849 Thüringer Gemeinden haben 549 weniger als 1.000 Einwohner (vgl. TLS o.J.^c). Lediglich 33 Gemeinden haben eine Bevölkerungszahl von über 10.000 Einwohnern, hier leben 51% der Thüringer. Einige Landesteile sind als zentrumsfern einzustufen. Dabei spielt die bewegte Topographie sowie die naturräumliche Gliederung mit Blick auf die Erreichbarkeit von Ortschaften mit zentralörtlichen Funktionen eine wichtige limitierende Rolle.

Seit der politischen Wende 1989 und dem folgenden gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel ist die Bevölkerungszahl in Thüringen um 17% zurückgegangen (Bezugsjahr 2013). Neben einigen wenigen stabilen oder gar wachsenden Orten gibt es andere Städte und Gemeinden, in denen der Bevölkerungsverlust seit 1990 mehr als 30% der Einwohner betrug (vgl. TLS o.J.^b). Ursachen hierfür sind die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung auf Grund geringer Geburtenzahlen (v.a. in den 1990er Jahren) sowie hohe Wanderungsverluste (vgl. TMBLV 2014a: 13).

Perspektivisch ist weiterhin von einem Rückgang der Einwohnerzahlen auszugehen, ebenso wird sich in kleinräumiger Betrachtung das unmittelbare Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum fortsetzen. Insgesamt ist mit rund 30% weniger Einwohnern im Jahr 2030 verglichen mit 1990 zu rechnen, bis zum Jahr 2060 wird sich die Bevölkerungszahl womöglich halbiert haben (vgl. TLS o.J.^d). Verbunden mit der Annahme, dass die Schrumpfung insbesondere die kleinen Städte und Gemeinden trifft, würde dies für das kleinteilig besiedelte Thüringen den Wegfall zahlreicher Orte unter 10.000 Einwohnern bedeuten.

Neben dem Rückgang der Bevölkerungszahlen findet in weiten Landesteilen ein Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung statt. Ende 2012 waren die Thüringer im Durchschnitt 46,4 Jahre alt und damit 4,6 Jahre älter als noch im Jahr 2000. Ursache sind die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, der durch einen Anstieg der Bevölkerungsteile in mittleren bis alten Altersklassen gekennzeichnet ist. Diese Entwicklung hat ihre Ursachen wiederum in der geringeren Anzahl Neugeborener, einer gestiegenen Lebenserwartung sowie der Abwanderung insbesondere junger Menschen. Hiervon sind wiederum die ländlichen Räume stärker betroffen als die größeren Städte mit über 10.000 Einwohnern (vgl. TMBLV 2014^a: 37).

Für die Thüringer Landesplanung sind im System der Zentralen Orte insbesondere die Mittelzentren von besonderer Bedeutung für die Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die es trotz der kleinteiligen Siedlungsstruktur und der räumlichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auch weiterhin zu gewährleisten gilt. Die Mittelzentren werden als „Stabilitätszentren“, „Impulsgeber“ und „Entwicklungsmotoren“ betrachtet (vgl. TMBLV 2014^b: 26 ff.). Die bislang auf regionaler Ebene festgelegten Grundzentren werden künftig nicht mehr in gleicher Zahl fortbestehen, es lässt sich vielmehr eine deutliche Konzentration auf weniger Orte bzw. auf die Mittelzentren feststellen.

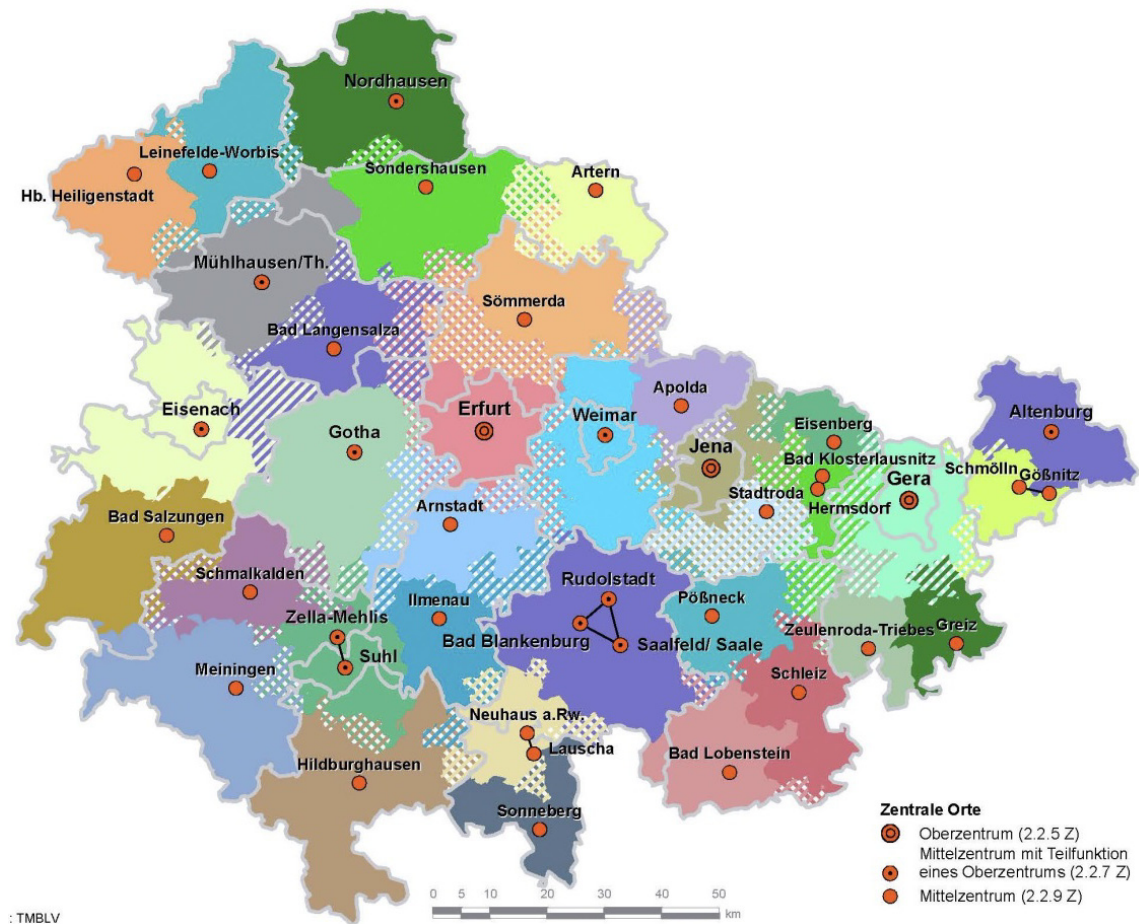
Abb. 3: Achtung! Ältere Menschen im ländlichen Raum!



Quelle: eigene Darstellung

Im Landesentwicklungsprogramm 2025 des Freistaates Thüringen wird jedoch auch mit Blick auf die Mittelzentren bereits auf die Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, hingewiesen. Entsprechend ist eine regelmäßige Überprüfung der Funktionalität der Zentren geregelt. Festzuhalten gilt bereits heute, dass in einigen Landesteilen die mittelzentralen Aufgaben nur durch zwei oder drei kleinere Städte in Kooperation erfüllt werden können. So sind in Südthüringen beispielsweise die Städte Neuhaus am Rennweg (7.051 Einwohner) und Lauscha (3.535 Einwohner) gemeinsames Mittelzentrum für einen mittelzentralen Funktionsraum mit 21.541 Einwohnern. Im strukturschwachen Nordthüringen soll die rund 5.700 Einwohner zählende Stadt Artern mittelzentrale Funktionen für 26.000 Einwohner im Umland übernehmen. Weitere Bevölkerungsrückgänge bis 2030 sind im zweistelligen Prozentbereich vorausberechnet. Zwar existiert kein einheitlicher Definitionsrahmen für die Funktionen, die ein Mittelzentrum zu erfüllen hat, jedoch heißt es klar, dass dies Zentren sind, die einen „Beitrag zur Entwicklung des Landes und der Regionen leisten“ sollen (TMLV 2014^b: 21), dass sie das „Grundgerüst für die überörtlich raumwirksamen Entwicklungen und Entscheidungen bilden“ (ebd.) und als „Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (ebd.) dienen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Ausweisung dieser Zentren alleine durch Berufung auf Ausstattungsmerkmale und Versorgungsfunktionen nicht ohne Weiteres begründbar sein wird. Um die Bedeutung und Funktionalität für ein Umland sowie die Landesentwicklung festzumachen, bedarf es künftig womöglich weiterer Kriterien, die der demografischen Entwicklung und den raumstrukturellen Herausforderungen vermehrt Rechnung tragen.

Abb. 4: Mittelzentren und ihre Funktionsräume in Thüringen nach LEP 2015



Quelle: TMBLV 2014b: Karte 4

3 Es geht auch anders! Alternative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen von immer weniger und immer älteren Menschen in ländlich bis peripher geprägten Raumstrukturen gilt die Suche nach alternativen Ansätzen, um künftig Daseinsvorsorge zu organisieren. Ausgehend von untersuchten Beispielen sind Vorschläge entstanden, die jeweils notwendige Voraussetzungen für das Funktionieren definieren und den möglichen Beitrag für die Daseinsvorsorge beleuchten.

3.1 Cloud-Housing: Gemeinsam wohnen in der Region

Problemlage

Für das Wohnen in Thüringen stellt die demografische Entwicklung in Kombination mit der räumlichen Struktur eine besondere Herausforderung dar: So resultiert das dichte Nebeneinander wachsender und schrumpfender Gemeinden in lokal sehr gegensätzlichen Situationen, einerseits geprägt von Wohnraumangel, steigenden Mieten und hohen Bodenpreisen, andererseits geprägt von starkem Leerstand, Werteverlust und durch marode Bausubstanz gezeichnete Verhältnisse. Durch die Veränderung der Haushalts- und Bevölkerungsstrukturen besteht hier zudem das soziale Risiko der Vereinsamung sowie fehlender Unterstützungsformen bei zunehmender Immobilität.

Ziel eines alternativen Ansatzes des Wohnens sollte es daher sein, auf diese beiden Herausforderungen für das Wohnen zu reagieren und neben dem baulichen Erhalt auch gesellschaftliche Erfordernisse zu berücksichtigen, um so zu einer nachhaltigen Sicherung und Organisation des Wohnens zu kommen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Alterung und Individualisierung ebenso wie eine Ausdifferenzierung von Lebensläufen, aber auch verschiedenen Wohnbedürfnissen je nach Lebenslage, erfordern mehr Flexibilität auch im Bereich des Wohnens (vgl. Ginski et al. 2012; Häußermann/Siebel 1996; Häußermann 1999). Der Erhalt insbesondere kleiner Siedlungsformen im historisch gewachsenen Siedlungsgefüge Thüringens bedeutet zudem den Erhalt besonderer Qualitäten und Stärken (vgl. IBA Thüringen 2014).

Die Beschäftigung mit verschiedenen Wohnprojekten in Thüringen und mit deren Anspruch, gemeinschaftlich zu funktionieren, war maßgeblich für die Entwicklung des folgenden Ansatzes. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den jeweiligen Qualitäten, aber auch alltäglichen Anforderungen, die sich aufgrund der räumlichen Lage ergeben.

Unterschiedliche Standorteigenschaften verbinden und nutzbar machen

Gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen leisten einen Mehrwert gegenüber den üblichen Wohnformen – nicht nur für das Individuum, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Sobald Bewohnerinnen und Bewohner eines Wohnprojektes Produzierende ihrer Lebensform werden und sie nicht bloß konsumieren, wird ein hoher Grad an Verbundenheit und Identifikation mit dem Ort erzielt, er wird lebendig. Für den Einzelnen bedeutet das Leben in Gemeinschaft in erster Linie eine vereinfachte Organisation des Alltags aufgrund wechselseitiger nachbarschaftlicher Hilfe. Die soziale Vernetzung, die durch selbst organisiertes Zusammenleben entsteht, schützt vor Vereinsamung und fördert die Entwicklung von Verantwortungsgefühl sowie gesellschaftlichem und politischem Engagement (vgl. Göschel 2008: o.S.). Ein gemeinschaftliches Wohnprojekt wirkt sich aufgrund des sozialen Engagements stabilisierend auf sein Umfeld aus, es strahlt nach außen und lässt lebendige Nachbarschaften entstehen (vgl. Schader-Stiftung 2013: 12). So werden Gemeinschaftsräume beispielsweise auch oft für Veranstaltungen genutzt, die Außenstehende miteinbeziehen. Zudem werden durch gemeinsame Nutzung Ressourcen geschont und Kosten eingespart. Es besteht die Möglichkeit, verfügbaren Raum je nach Bedarf flexibel und gemischt zu nutzen. Deshalb sind Wohnprojekte in ökologischer Hinsicht nachhaltig (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003: 30).

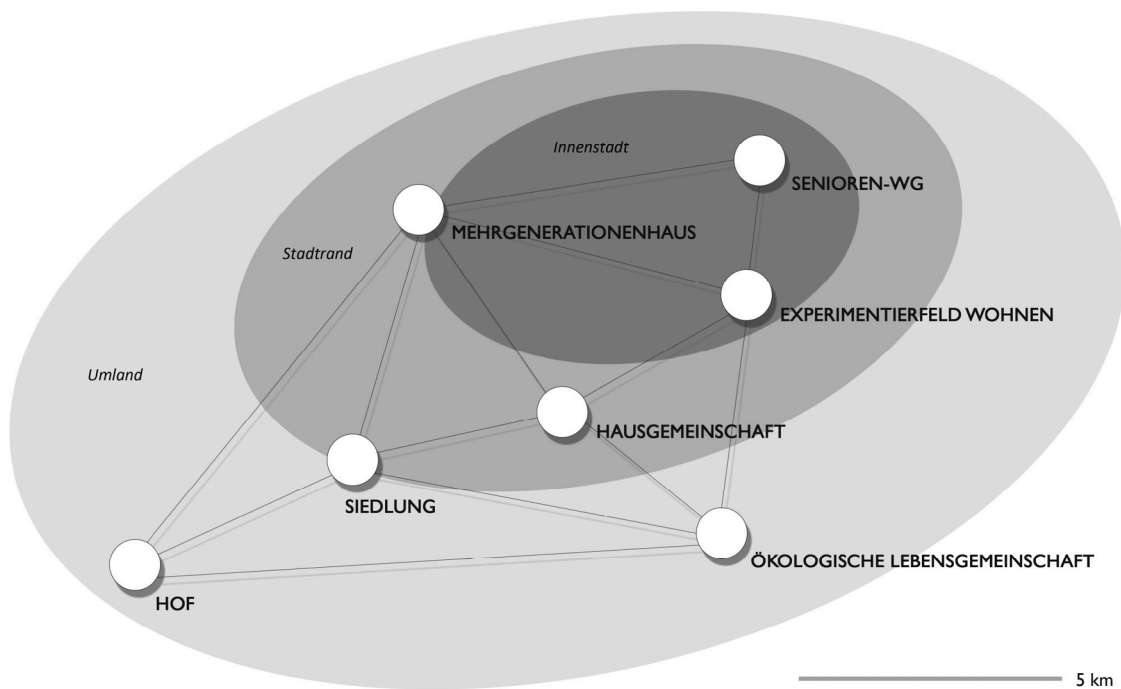
Dabei bringen verschiedene Projektformen, unterschiedliche Ausmaße der Gemeinschaftlichkeit und verschiedene Standortmerkmale jeweils spezifische Stärken mit sich, die mit unterschiedlichen Bedürfnissen korrespondieren. Diese gilt es zu verknüpfen und den Mitgliedern zugänglich zu machen. Ein gemeinschaftliches Netzwerk aus verschiedenen Wohnprojekten, die Cloud, scheint eine geeignete Form dafür zu sein (Abb. 5).

Der Begriff Cloud wird meist im IT-Bereich verwendet: „Cloud Computing bezeichnet das dynamisch an den Bedarf angepasste Anbieten, Nutzen und Abrechnen von IT-Dienstleistungen über ein Netz. Angebot und Nutzung dieser Dienstleistungen erfolgen dabei ausschließlich über definierte technische Schnittstellen und Protokolle“ (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 2014: o.S.).

Das Bild des Netzwerks, das vielen zugänglich gemacht wird, ohne dass sie die technische Infrastruktur dafür selbst besitzen müssen, wird bei Cloud.Housing auf das Wohnen übertragen. Die Cloud entsteht dabei aus der Gemeinschaftlichkeit und Verantwortung füreinander. Grund und Boden der einzelnen Wohnprojekte innerhalb von

Cloud.Housing und gemeinsame Ressourcen entsprechen hier der technischen Infrastruktur, die der Gemeinschaft gehört. Wie die Computer-Cloud ist auch das Modell dem Bedarf angepasst, denn die einzelnen Wohnkonzepte können neu integriert, aber auch abgebaut oder umgenutzt werden. Das Individuum kann selbst bestimmen, in welchem Konzept es leben will und trotzdem die Ressourcen der anderen Standorte mitnutzen, das Modell passt sich auch hier an den individuellen Bedarf an.

Abb. 5: Cloud.Housing: Die Vernetzung von Wohnformen in unterschiedlichen Lagen zu einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt



Quelle: eigene Darstellung

Beitrag des Ansatzes

Cloud.Housing denkt über die üblichen Ortsgrenzen hinaus und funktioniert insbesondere durch die Vernetzung von städtischen und ländlichen Qualitäten. Das kann Heilung für instabile Ortschaften bedeuten. Nach innen integrativ und nach außen vernetzend ausgerichtet, belebt die Cloud das örtliche Umfeld, schafft den Austausch mit Gleichgesinnten in den Gemeinden des Umlands und sorgt an allen Stellen für neue, stabile soziale Kontakte. Die Verschiedenartigkeit der Ansätze der einzelnen Wohnprojekte wird einer zusehends individualisierten Gesellschaft gerecht und ermöglicht Menschen in allen Lebenslagen einen einfachen Zugang zur Gemeinschaft.

Gerade in von Schrumpfung und Alterung betroffenen Gebieten ist eine Neuorganisation des Miteinanders von großer Bedeutung. Brachen und Leerstände können von solchen Pioniersgemeinschaften mit neuem Leben gefüllt werden, wodurch der gesamte Ort an Lebensqualität gewinnt. Ältere Menschen, die an ihrem Heimatort hängen, angesichts der Wegzüge und Sterbefälle in ihrem Umfeld aber von Vereinsamung bedroht sind, werden von einem neuen sozialen Netz aufgefangen. Die Schwächen einzelner Orte, wie mangelhafte Verkehrsanbindungen oder geringes kulturelles Angebot, können durch die Gemeinschaft, beispielsweise durch Fahrgemeinschaften und im Wohnverband organisierte Musikgruppen, ausgeglichen werden. Auf diese Weise gewinnen Orte

an Attraktivität. Es kann eine größere Vielfalt an Angeboten und Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden und unter Umständen können Menschen auch vom Wegzug abgehalten werden.

Herausforderungen für die Umsetzung

Vernetzte Wohngemeinschaften bewegen sich auf unerforschtem Terrain und haben Pioniercharakter. Die Vereinigung mehrerer Wohnprojekte in ihren unterschiedlichen Auffassungen zu einer gemeinsamen Cloud dürfte ein langwieriger Prozess sein. Er bedarf großen Engagements, kompetenter Moderation und auch des Wohlwollens staatlicher Institutionen. Doch scheint der Schritt in Richtung Gemeinschaftlichkeit in der beschriebenen Vielfalt von räumlichen Lagen, unterschiedlichen Wohnkonzepten und ausdifferenzierten, sich ändernden Wohnbedürfnissen eine mögliche Antwort auf die Frage zu sein, wie sich in Thüringen Wohnen zukunftsfähig gestalten lässt.

3.2 lokal.Versorger: Einkaufen mit Zusatzfunktion

Problemlage

In vielen, insbesondere kleineren Ortschaften sind zwei grundsätzliche ökonomische Entwicklungen festzustellen, die in unmittelbarem Zusammenhang zueinander stehen und mit Blick auf die Daseinsvorsorge dringend einer Lösung bedürfen: Zum einen wurden in den vergangenen Jahren häufig sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten eingestellt (vgl. Kaczmarek 2014), Wertschöpfung findet kaum noch in kleinen Ortschaften und Wirtschaftskreisläufe wenig in der Region statt. Dies führt dazu, dass sich zum anderen im Bereich der Nahversorgung erhebliche Versorgungslücken im ländlichen Raum ergeben. Während es vor der Wende in jedem Dorf einen „Konsum“ (Handelskette in der DDR) gab, müssen heute viele Menschen aus ländlichen Gemeinden immer längere Wege zurücklegen, um einen Supermarkt zu erreichen. Über 70% benutzen dafür ein Auto (vgl. Kuhn/Klingholz 2013). Insbesondere für die weniger mobile Bevölkerungsgruppen stellt dies ein großes Problem dar.

Grundgedanke und Umsetzung des entwickelten Ansatzes

Ziel des unter der Überschrift „Nahversorgung/Wirtschaft“ stehenden Ansatzes ist es daher, sowohl die Nahversorgungssituation für die Konsumenten vor Ort zu verbessern als auch lokale Produzenten zu stärken. Dazu soll ein regionaler Wirtschaftskreislauf gefördert werden. Die Beschäftigung mit den Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer Regionalwährung, eines regionalen Einkaufsführers sowie des aus Nordrhein-Westfalen stammenden Modellprojekts des multifunktionalen Nahversorgers D(ienstleistungen) O(rtsnahe)R(undum)V(ersorgungs)-Zentrums (DORV o.J.) hat schließlich zu dem Konzept des lokal.Versorgers geführt, in dem diese Ansätze miteinander vernetzt und so tragfähig werden.

Herzstück des lokal.Versorgers ist ein Dorfladen, der die grundlegende Aufgabe innehat, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs direkt vor Ort sicherzustellen. Hinzu kommt, dass lokalen Produzierenden dort die Möglichkeit geboten wird, ihre Waren zum Verkauf anzubieten. Die regionale Wertschöpfung wird durch die Verwendung einer Regionalwährung unterstützt. Als Verbindungselement dient ein Einkaufsführer (Abb. 6).

Die physische Räumlichkeit des Konzeptes, das die Nahversorgung garantiert, ist der Dorfladen. Sein Sortiment besteht sowohl aus regionalen wie auch aus überregionalen

Produkten. Wird er vom Dorfladen zum lokal.Versorger, so integriert er vielfältige Aspekte der Daseinsvorsorge, wie Post, Bankautomat, Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, aber auch verschiedene Dienstleistungen, die in einem Multifunktionsraum (MUFURA) angeboten werden können, etwa der Umtausch der Regionalwährung, Café, Entgegennahme von Bestellungen und Lieferungen z.B. der Apotheke aus dem Grundzentrum etc. Des Weiteren können in dem MUFURA diverse Dienstleistungen von Dorfbewohnern und Selbstständigen angeboten werden, die vom fahrenden Friseursalon bis hin zu Dorfgesundheitspflege reichen können.

Vor allem aber schafft der Dorfladen eine zentrale Anlaufstelle für das gesamte Dorf. Hier wird nicht nur die Nahversorgung abgedeckt, sondern es entsteht auch ein Dorfzentrum, das den Zusammenhalt und die Identitätsbildung des Dorfes stärkt, indem es dessen allgemeines Angebot ausbaut.

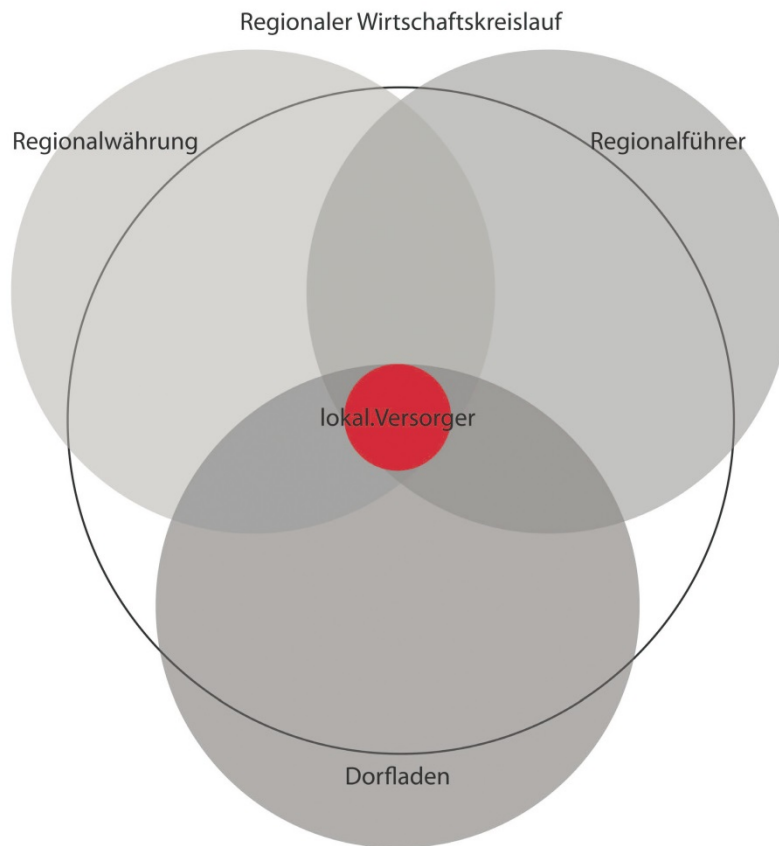
Durch die Einbindung der Regionalwährung werden die regionalen Kreisläufe gestärkt. Die lokalen Produkte werden von den Produzierenden in der Regionalwährung an den lokal.Versorger verkauft. Dort werden sie dann zum Einkaufspreis, bzw. nur mit geringen Preisaufschlägen, in der Regionalwährung angeboten. Alle regionalen Produkte können auch mit Euro erworben werden, jedoch mit einem Aufpreis, was einen Anreiz schafft, die Regionalwährung zu nutzen. Überregionale Produkte werden in Euro angeboten. Gibt es auch Dienstleistende im lokal.Versorger, so können die lokalen Produzierenden Reparaturen in Werkstätten oder Hilfsarbeiten mit der so erworbenen Regionalwährung bezahlen. Hierdurch wird garantiert, dass das Kapital im engeren Umkreis der Teilnehmenden bleibt. Der Umtausch der Regionalwährung erfolgt in den lokal.Versorgern. Durch diese Form des Leistungsaustausches, die aber über einen simplen Tauschring hinausgeht, kann die Identität einer Kommune oder auch einer ganzen Region gestärkt werden. Die Regionalwährung sorgt dafür, dass das System am Laufen gehalten wird und das Kapital auf regionaler Ebene gehalten wird.

Der *Regionalführer* schließlich informiert und koordiniert alle Produzierenden, lokal.Versorger und die Nutzenden. Hier werden spezielle Angebote publiziert und Veranstaltungen öffentlich gemacht. Er gibt außerdem Außenstehenden einen guten Überblick über die Standorte sowie die Spezialitäten der einzelnen lokal.Versorger. Als Wegweiser zu regionalen Produkten und deren Verkaufsstellen garantiert er die Erweiterung des Kundenstammes der lokal.Versorger und hält den bestehenden Kundenstamm auf dem Laufenden. Sowohl off- wie online sorgt er für die nötige Vernetzung sowie die Kommunikation des ganzen Systems und ist damit die Stimme der lokal.Versorger.

Die lokal.Versorger sind als gemeinnütziger Verein organisiert. Die Räumlichkeiten werden von den jeweiligen Kommunen gestellt. Das Startkapital kommt aus den Fördertöpfen von LEADER¹ und dem Land Thüringen. Die Renovierung sowie Ausstattung der Räumlichkeiten wird von den Vereinsmitgliedern übernommen. Ist ein lokal.Versorger erst einmal eingerichtet, so ist das Ziel, dass er sich selbst trägt. Zudem ist der lokal.Versorger eines Ortes mit anderen lokal.Versorgern zusammengeschlossen. Dadurch werden günstigere Einkaufspreise möglich.

¹ Liaison entre actions de développement de l'économie rurale: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft; ein Förderprogramm der Europäischen Union zur Stärkung des ländlichen Raums.

Abb. 6.: Der lokal.Versorger fördert regionale Wirtschaftskreisläufe und sichert die Versorgung vor Ort



Quelle: eigene Darstellung

Beitrag des Ansatzes

Der lokal.Versorger ist die kleinste Einheit des „Systems der Zentralen Orte“. Wo das klassische System der Zentralen Orte mit dem Grundzentrum endet, bildet der lokal.Versorger das „lokale Zentrum“. Dieses deckt die wesentlichen Angebote ab, die auch im Grundzentrum vertreten sind, nur dass es sich in jedem kleinen Dorf befinden kann und auf eine Lokalität beschränkt ist. Dadurch kann es ein Angebot für eine eher immobile Dorfbewölkerung bereitstellen und die Funktionen des nächsten Grundzentrums ergänzen. Darüber hinaus bietet es einen zentralen Ort, der als Treffpunkt dient. Der lokal.Versorger ist nicht nur ein einfacher Dorfladen, er ist auch mehr als ein „kleines Dorfzentrum“. Durch die Kombination von Dorfladen, Regionalwährung und Regionalführer werden übliche Probleme des klassischen Dorfladens, die für dessen Aussterben verantwortlich sind, ausgeglichen.

Durch die regionalen Wertschöpfungsketten kann nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern sichergestellt werden, sondern auch eine höhere Vernetzung innerhalb der sozialen Struktur erreicht werden. Regionale Produzenten werden unterstützt und die regionale Wirtschaftsfähigkeit wird gefördert.

Herausforderungen für die Umsetzung

Die Umsetzung des Konzepts erfordert insbesondere in der Anfangsphase ein hohes Maß an Engagement sowohl seitens der Kommune als auch seitens der Bewohnerinnen und Bewohner eines Ortes. Die Bereitschaft zur Nutzung der Regionalwährung muss gegeben sein, ebenso der Wille auch der mobilen Bevölkerung, den Dorfladen zu nutzen und sich ehrenamtlich zu engagieren.

3.3 Unsere Kleine Schule: Bildung lokal verankert

Problemlage

Nach Prognosen der Thüringischen Schulstatistik (Schulstatistik Thüringen 2014: o.S.) wird die Anzahl der Grundschulkindern bis 2032 im Durchschnitt um 30% sinken, kleinräumig liegt dieser Wert teilweise bei über 40%, in anderen Regionen dagegen nur bei ca. 15% (eigene Berechnung).

Rückgängige Schülerzahlen führen dazu, dass nicht ausgelastete Schulen geschlossen werden müssen und weniger Schulkinder auch in weniger Schulen unterrichtet werden. Dies vergrößert den Einzugsbereich einer Schule, die Schulwege verlängern sich folglich für die Schüler (vgl. Gather 2010: 144). Gleichzeitig steigen auch die finanziellen Belastungen für den Schülertransport (vgl. Landratsamt Kyffhäuserkreis 2013: 95). Diese fortschreitende Entwicklung führt zu einem Konflikt zwischen der Vorgabe der Wirtschaftlichkeit, die in der Regel an den Mindestschülerzahlen festgemacht wird, und der gleichzeitig geforderten Erreichbarkeit von Schulen in peripheren Räumen. Zudem bedeutet die Schließung von Schulstandorten in ländlich-peripheren Gebieten auch das Wegbrechen von wichtigen Identifikationsmerkmalen in den Ortschaften.

Mein Dorf – meine Schule – mein Zuhause

Es stellt sich die Frage, wie wohnortnahe Schulbildung im ländlichen Raum trotz rückgängiger Schülerzahlen sichergestellt werden kann. Das Augenmerk gilt insbesondere den Grundschulen als derjenigen Schulform, die möglichst wohnortnah ermöglicht werden sollte. Die Entwicklung des im Folgenden skizzierten Ansatzes basiert auf einer Analyse von drei Fallbeispielen: (a) dem Beispiel der Igelschule in Silkerode, einer kleinen Grundschule in freier Trägerschaft mit klassenübergreifendem Unterrichtskonzept, (b) dem Beispiel des Dorfes Geisleben, in dem sich eine Elterninitiative sehr engagiert und dennoch erfolglos für den Erhalt der Grundschule einsetzte und (c) dem Beispiel des Thüringer Bildungsmodells „nelecom – Neue Lernkultur in Kommunen“ des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das eine stärkere Vernetzung von Bildungseinrichtungen mit der Kommune und ihren verschiedenen Akteuren anstrebt. Zudem hat der französische Dokumentarfilm „Être et Avoir“, der Lehrer und Schüler einer kleinen Zwergenschule in einem abgeschiedenen Dorf inmitten der französischen Auvergne begleitet, die Idee der Kleinen Schule beeinflusst.

Das Konzept „Mein Dorf – meine Schule – mein Zuhause“ zielt auf die Einrichtung von Schulen mit kleiner Schülerzahl im ländlichen Raum, sogenannte Kleine Schulen. Diese sollen entstehende Lücken im Schulnetz „stopfen“, nicht jedoch die Schulnetzplanung unterwandern. Vielmehr sollen sie dort entstehen, wo Fahrzeiten ansonsten zu lang würden. Grundsätzlich ist die Umwandlung einer bisherigen, von Schließung bedrohten Grundschule in eine Kleine Schule ebenso möglich wie die Neugründung einer Kleinen Schule. Dabei sind zwei Wege möglich: (a) Die Kleine Schule entsteht auf Initiative von Bewohnerinnen und Bewohnern, Vereinen, lokalen Unternehmen, der Lokalpolitik aus

einem Ort heraus oder (b) die Kleine Schule ist eine Schulumwandlung auf Empfehlung der mit der Schulnetzplanung befassten Landkreise, die auf Basis von Schülerzahlprognosen Potenzialstandorte für künftige Kleine Schule ausweisen.

Neben der zu großen Entfernung zum nächsten regulären Schulstandort sind eine Mindestzahl von Schulkindern – angenommen werden zehn – sowie ein gemeinsames Interesse von Bewohnern, Lokalpolitikern, Vereinen vor Ort unabdingliche Voraussetzung dafür, dass eine Kleine Schule entstehen kann.

Erforderlich für die Umsetzung der Idee der Kleinen Schule ist das Miteinander verschiedener Akteure und Entscheidungsträger vor Ort. Ein Koordinator hat die Aufgabe, sie zusammenzubringen und zu vernetzen. Ein Rat, bestehend aus Lehrer(n), Eltern, Kommunalpolitikern sowie optional aus interessierten Bürgern, Schülern, Vereinen, Institutionen und Firmen ist zentral bei der Umsetzung der Idee einer Kleinen Schule. Er arbeitet das neue Schulkonzept im Detail aus, entscheidet etwa über Trägerschaft, pädagogisches Konzept, Schulstandort, Finanzplan usw. (siehe Abb. 7). Durch den Koordinator werden Beratungsleistungen erbracht sowie die Rückkopplung mit Kreis und ggf. Land sichergestellt. Zudem kommt dem Koordinator die Aufgabe der Vernetzung mit anderen Kleinen Schule zu. Bei Bestehen mehrerer Kleiner Schulen lassen sich Aufgaben im Bereich der Schulverwaltung zentralisieren, etwa das Schulsekretariat. Auf kommunaler Ebene bestehen hierzu bereits Erfahrungswerte.

Abb. 7: Gemeinsam Bildung gestalten



Quelle: eigene Darstellung

Beitrag des Ansatzes

Mit dem Ansatz der Kleinen Schule werden neben der Sicherung wohnortnaher Bildungsmöglichkeiten ein wichtiger Standortfaktor und eine identitätsstiftende Institution in den Orten erhalten. Die Übertragung eines Teils der Verantwortung für die Existenz einer Kleinen Schule auf die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort wirkt sich fördernd auf das Engagement für den Ort aus und stärkt die Verbundenheit. Damit wird die Kleine Schule zu deutlich mehr als einem reinen Lernort für die Kinder. Zudem wird durch die Nutzung von Bausubstanz im Ort ein Beitrag gegen Leerstand und Verfall geleistet.

Herausforderungen für die Umsetzung

Um Kleine Grundschulen zu ermöglichen, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Gegenwärtig erlaubt das Schulgesetz bspw. keinen Schulbetrieb unter einer Mindestschülerzahl. Diese liegt deutlich über der Größe der Kleinen Schule. Zudem bedarf es konkreter Finanzierungsmodelle einschließlich der Schaffung von Fördermöglichkeiten, die es den Orten erlauben, die baulich-räumlichen Gegebenheiten zu schaffen sowie das Lehrpersonal – ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Schulen – zu finanzieren und zu qualifizieren.

Schließlich geht die Aufgabe des Lehrers einer Kleinen Schule weit über die reine Wissensvermittlung hinaus. Vielmehr wird der Lehrer ähnlich dem alten Modell des Dorflehrers zu einer Art Ankerperson für die Menschen vor Ort. Hier sind ggf. geeignete Qualifizierungsmodelle zu entwickeln, mindestens bedarf es aber auf jeden Fall der klaren Kommunikation der Erwartungen, um eine geeignete Lehrerpersönlichkeit zu finden.

4 Fazit

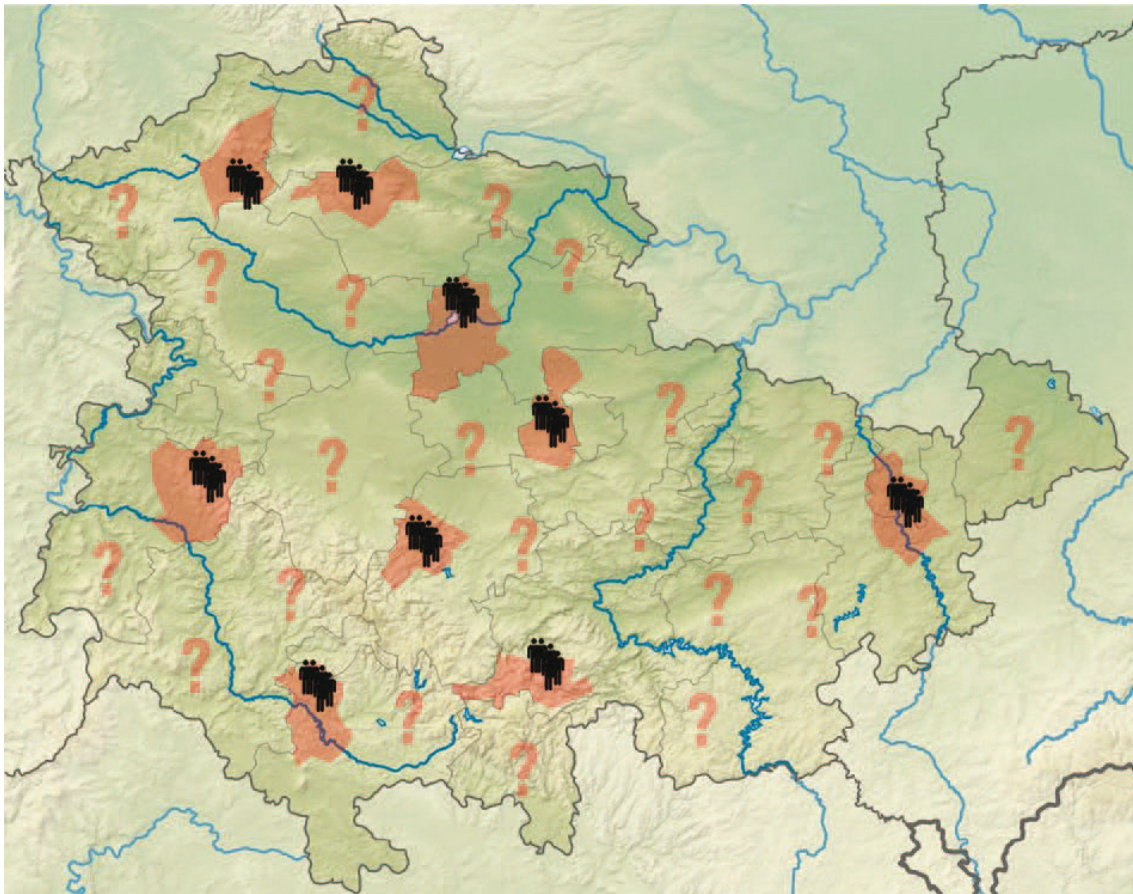
Die vorgestellten Vorschläge der Projektgruppen sind mitnichten als ein additives Lösungssystem zu verstehen, das flächendeckend eine Antwort bieten kann auf die Frage der künftigen Sicherung der Daseinsvorsorge. Vielmehr definieren alle Ansätze die Voraussetzungen, derer es für ihre Umsetzung bedarf. Ob bzw. inwiefern diese Voraussetzungen in schrumpfenden Regionen Thüringens gegeben sind, wird hier nicht näher untersucht. In welchem Ausmaß diese Ansätze also tatsächlich für Thüringen eine Lösung darstellen können, bleibt folglich unbeantwortet. Gleichzeitig wird auf gar keinen Fall impliziert, dass es für Orte und Regionen, in denen die genannten Voraussetzungen nicht vorliegen, keine Perspektive gäbe. Vielmehr bedeutet das Vorherrschen anderer Rahmenbedingungen die Notwendigkeit, nach anderen Lösungsansätzen zu suchen. Die erarbeiteten Konzepte liefern auch dafür einige grundsätzliche Aussagen, die die Möglichkeit zum Weiterdenken bieten.

An zentraler Stelle steht dabei die Feststellung, dass es alleine kaum mehr gehen wird. Weder staatliches noch bürgerschaftliches Engagement für sich können dauerhaft Daseinsvorsorge gewähren. Vielmehr besteht hier die dringende Notwendigkeit der Kooperation. Impulse von lokalen Akteuren bedürfen ausdrücklich der Unterstützung von „oben“. Mit dem LEADER-Programm hat die Europäische Union ein Augenmerk ihrer Strukturpolitik auf die Aktivierung von Akteuren und Möglichkeiten vor Ort gelegt. Auch wenn die Umsetzung des Programms sicher einer kritischen Betrachtung würdig ist, so bieten Ansätze der Aktivierung endogener Potenziale durch regionale Governance-Strukturen auch für den Bereich der Daseinsvorsorge wichtige Anknüpfungspunkte (vgl. Fürst 2003). Zu erwägen sind insbesondere die Fragen, welcher kooperativen Organisationsstrukturen es bedarf und wie die verschiedenen Akteure befähigt werden, diese aufzubauen, zu unterhalten und zu nutzen.

So scheint es (noch) wenig(er) aussichtsreich, ausschließlich nach Standardlösungen im Bereich der infrastrukturellen Ausstattung zu suchen. Vielmehr sind regionale, ggf. lokale Spezifika in den Blick zu nehmen, gezielt zu aktivieren und nutzbar zu machen. Dies hängt nicht unwesentlich mit der Stärkung und Aktivierung einer regionalen Identität sowie der Nutzung kultureller Regionalität zusammen. Hier sind ggf. Investitionen im Sinne des Empowerments nachhaltiger und tragfähiger als aufwendige Infrastrukturmaßnahmen. An dieser Stelle stellt sich zudem wiederum die Frage nach der Definition von

Zentralität im Sinne des raumordnerischen Instrumentariums und nach dem Umgang damit unter Postwachstumsbedingungen (siehe Abb. 8).

Abb. 8: Alternativszenario: Ansatz bei den lokal vorhandenen endogenen Potenzialen?



Quelle: eigene Darstellung

In den Leitbildern und Handlungsempfehlungen für die Raumentwicklung 2013 werden Ansätze im beispielhaft beschriebenen Sinn möglicherweise angesprochen, wenn die Ergänzung von staatlicher Gewährleistungspflicht und bürgerschaftlichem Engagement als möglicher Handlungsansatz benannt wird (vgl. MKRO 2013: 13). Allerdings bleiben die Aussagen hierzu vage, der Fokus des Papiers liegt weiterhin auf der Organisation der infrastrukturellen Ausstattung in den Zentralen Orten, die das „siedlungsstrukturelle Grundgerüst“ abbilden sollen und durch „konsequente Anwendung“ flächendeckend Strukturen sichern.

Für dünn besiedelte ländliche Räume trifft die MKRO die Aussage, dass hier ggf. eine Flexibilisierung von fachpolitischen Standards erforderlich sei (2013: 14). Anhand der drei vorgestellten Ansätze ist deutlich geworden, dass diese unter den bestehenden gesetzlichen Vorgaben kaum oder nicht realisierbar sind. Die angeregte Flexibilisierung der Regularien wäre hier nicht nur „ggf. erforderlich“, sondern vielmehr eine unabdingbare und dringende Voraussetzung. An dieser Stelle sollte die Bundesraumordnung im Sinne der Entwicklung von tatsächlich zukunftsfähigen Ansätzen eine deutlich progressivere Haltung gegenüber den Fachressorts einnehmen und sich die Abstimmung von entsprechenden Möglichkeiten zu einem vorrangigen Anliegen machen. Hierzu zählt auch die Ausweitung des Gedankens von Daseinsvorsorge über rein infrastrukturelle Angebote

hinaus. Im Rahmen der Projektarbeit wurden etwa Aspekte der Lebensqualität, die durch kooperative Strukturen entstehen können, angesprochen.

Ein Gedanke, der sich durch die verschiedenen Ansätze zieht, ist die zeitliche wie auch räumliche Flexibilität. Es gibt kein neues Modell o.Ä., das dauerhaft funktionieren kann, vielmehr ist die Anpassung der Daseinsvorsorge an sich wandelnde Rahmenbedingungen ein Prozess, der schrittweise erfolgt, nicht jedoch radikal. Auch wenn es die Aufgabe der Raumordnung ist, Strukturen zu schaffen, so wird sie sich künftig (noch) weniger mit räumlich realisierbaren Lösungsvorschlägen als mit raumwirksamen Prozessen befassen müssen. Hier sind klar Moderatoren, „Vernetzer“ und „Kümmerer“ gefragt. Und hier gilt es auch, den Mut zu Unbekanntem unter Beweis zu stellen.

Literatur

- Aring, J. (2013): Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. In: Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Dessau, S. 42-56.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2007): Not am Mann. Berlin: Berlin-Institut.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2013): Deutschland in Europa. Heft 2: Metropolen und ländliche Räume. Bonn.
- Danielzyk, R. (2014): Gleichwertigkeit unter Schrumpfungsbedingungen. In: Nachrichten. Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2/2014, 44. Jahrgang.
- Dienel, C. (Hrsg.) (2005): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland. Wiesbaden.
- DORV (o.J.): Grundsätze im Überblick.
<http://www.dorv.de/konzept--idee/grundsaeetze/index.php> (29.01.2014).
- Einig, K. (2014): Sicherung der Daseinsvorsorge durch regionale Zusammenarbeit? In: Nachrichten. Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2/2014, 44. Jahrgang.
- Einig, K.; Spangenberg, M. (2008): Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Fläche. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2 2008: I-II.
- Faber, K. (o.J.): Raumpioniere. In: Agrarbündnis e.V. (Hrsg.): Der Kritische Agrarbericht 2013.
<http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2012/Faber.pdf>
 (30.11.2014)
- Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Dessau.
- Fedrowitz, M.; Gailing, L. (2003): Zusammen Wohnen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung. In: Dortmunder Beiträge zur Raumplanung. Dortmund.
- Fürst, D. (2003): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung 8/9 2003, 441-450.
- Gather, M.; Kaps, M. (2010): Öffentliche Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen – das Beispiel der Schulnetzplanung in Nordthüringen. In: Rosenfeld, M.T.W.; Weiß, D.; ARL (Hrsg.): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Politik und Marktmechanismus: empirische Befunde aus den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hannover.
- Ginski, S.; Koller, B.; Schmitt, Gisela (2012): Besondere Wohnformen.
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/baukultur/iba/de/studien.shtml#wohnformen>. (24.01.2014).
- Göschel, A. (2008): Wohnprojekte - Keimzellen für Bürgerengagement in Wohnhaus, Nachbarschaft und Gesellschaft.
http://www.generationendialog.de/_uploadfiles/vortrag_dr._albrecht_goeschel.pdf
 (26.01.2014).

- Häußermann, H. (1999): Neue Wohnformen. Stuttgart.
- Häußermann, H. ; Siebel, W. (1996): Soziologie des Wohnens. Weinheim.
- Kaczmarek (2014): Man muss schon bereit sein, ein paar Cent mehr zu bezahlen. Thüringer Landeszeitung 10.01.2014.
- Kersten, J. (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis? In: Raumforschung und Raumordnung 64 (4), S. 245-257.
- Kersten, J. (2009): Wandel der Daseinsvorsorge – Von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zur wirtschaftliche, sozialen und territorialen Kohäsion. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, S. 22-38.
- Kuhn, E.; Klingholz, R. (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit – Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet. Berlin/ Potsdam: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/ Potsdam Institute for Advanced Sustainability Studies.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2013): Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre 2013-2018.
http://www.kyffhaeuser.de/kyf/tl_files/download/hinweise_und_merkblaetter/Schulverwaltung/Schulnetzplanung%202013%20-%202018.pdf (23.01.2014).
- Lang, T. (Hrsg) (2012): Re-Turn Migrant Survey report. Leipzig.
- Matthiesen, U. (2013): Raumpioniere und ihre Möglichkeitsräume. In: Faber, K.; Oswalt, P. (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Dessau.
- MKRO (2013): Entwurf der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland 2013.
http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Raumentwicklung/leitbilder-und-handlungsstrategien-entwurf-03-06-2013.pdf?__blob=publicationFile (10.09.2014).
- Neu, C. (Hrsg.) (2009a): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden.
- Neu, C. (2009b): Daseinsvorsorge – eine Einführung. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, S. 9-19.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2013): Fragen und Antworten zum gemeinschaftlichen Wohnen.
http://www.schader-stiftung.de/uploads/tx_schaderstiftung/gemeinschaftliches_wohnen_2013.pdf. (26.01.2014).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (o.J.): Gebiet und Bevölkerung.
http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtabl.asp (01.09.2014).
- TLS Thüringer Landesamt für Statistik (o.J.^a): Bevölkerungsstand seit 1950.
<http://tls.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zr000101> (10.09.2014).
- TLS Thüringer Landesamt für Statistik (o.J.^b): Bevölkerung nach Gemeinden.
<http://tls.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=gg000102> (10.09.2014).
- TLS Thüringer Landesamt für Statistik (o.J.^c): Bevölkerung nach Gemeindegrößeklassen und Gebietsstand (31.12.13).
<http://tls.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000161> (10.09. 2014).
- TLS Thüringer Landesamt für Statistik (o.J.^d): Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung nach Prognosejahren (bis 2060).
<http://tls.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zr000113> (10.09. 2014).
- TMBLV Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (2014^a): Demografiebericht 2013.
http://www.serviceagentur-demografie.de/fileadmin/medien/dokumente/service/studien_und_berichte/DB_2013_Teil_1_Akt_Maerz_2014.pdf (10.09. 2014).
- TMBLV Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (2014^b): Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025.
http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tmbv/lep2025/040714_lep2025.pdf (10.09. 2014).

Winkel, R. (2008): Öffentliche Infrastrukturversorgung im Planungsparadigmenwechsel. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2 2008.

Autorin

Britta Trostorff, Weimar, studierte Geographie, Soziologie und Verkehrsplanung an der Universität Potsdam, der TU Berlin sowie der University of Southampton. Sie lehrt seit 2005 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Raumplanung und Raumforschung der Bauhaus-Universität Weimar, seit 2008 insbesondere in dem Bachelorstudiengang Urbanistik. Forschungsinteressen sind unter anderem Planungsansätze und -instrumente für ländliche schrumpfende Regionen, Flächenpolitik und Akteure der räumlichen Entwicklung.

Der Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Planungsprojekts **StadtLandFluss** des WS13/14 im Bachelorstudiengang Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Daran beteiligt waren Max Borchardt, Pia Bünis, Veronika Desch, Matti Drechsel, Stephanie Edelmann, Tillmann Gebauer, Evita Giebeler, Jonas Heß, Michael Hüls, Anne-Marie Köhler, Doreen Kursawe, Felix Leininger, Lennart Mertes, Robert Oettler, Justus Pleil, Hans-Jacob Reinhold, Lena Schildbach, Julia Schlüsmeier-Hage, Daniel Siemsglüß, Leonie Sontowski, Josefine Stisser sowie Benjamin Blaser und Nora Gersie als Tutoren. Die Projektleitung hatte Britta Trostorff.